Das bittere Ende der Revolution

Bei Konflikten zwischen Demonstrierenden und Nicaraguas Regierung gab es hunderte Tote. Die Städtepartnerschaft Bielefeld-Estelí steht vor neuen Herausforderungen. Infos von Reinhard Jenke

Auch in Estelí demonstrieren Tausende gegen Daniel Ortega und für ein Ende der staatlichen Gewalt.

Der Bruch hätte kaum größer sein können. Noch im Februar haben wir in Estelí mit Bürgermeister Franzisco Valenzuela über die Zukunft der Städtepartnerschaft mit Bielefeld gesprochen. Es ging um Wasserschutzmaßnahmen und Wiederaufforstungen am Rio Estelí. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wurde verabredet. Es schien vieles möglich.

Protest gegen Rentenreform – Schüsse auf Demonstrierende

Sechs Wochen später waren die Pläne zerplatzt. Am 20. April erreichten uns erste Berichte über Proteste aus Estelí. Sie richteten sich gegen eine Reform des Rentensystems. Die Renten sollten gekürzt und die Beiträge gleichzeitig erhöht werden. Die Reaktionen der Regierung um Präsident Daniel Ortega auf die Proteste waren von Beginn an massiv. Schon am zweiten Tag der Demonstrationen wurden gezielt Schusswaffen eingesetzt. Es gab erste Tote, viele Menschen reagierten entsetzt. Zehntausende gingen in Estelí, Managua, Matagalpa, Leon, Jinotega und Masaya auf die Straßen. Wieder wurde auf Demonstrierende geschossen. Längst ging es nicht mehr um eine Rentenreform. Die hatte Präsident Daniel Ortega mittlerweile widerrufen.

Die Empörung über die Gewalt war und ist groß. Ende Juli zählten Menschenrechtsorganisationen rund 450 Tote – die große Mehrheit Zivilisten. Eine Kollegin aus Estelí schrieb: »Sie töten unsere Kinder«. Gemeint waren Studierende und die vielen jungen Menschen, die die Bewegung bis heute anführen. Es ging nicht mehr nur um Pressefreiheit und das uneingeschränkte Recht zu demonstrieren. Rufe nach dem Rücktritt von Ortega und seiner Ehefrau und Vizepräsidentin Rosario Murillo wurden lauter. Am 30. Mai waren es allein in Managua über eine halbe Million Menschen, die diese Forderung unterstützten. Auch dieser Tag endete mit Toten. Der von der katholischen Kirche moderierte Nationale Dialog war zu dem Zeitpunkt längst gescheitert.

Internationale Proteste gab es von vielen Seiten, so der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und dem Vatikan. Sie verurteilten die Gewalt, riefen auf zum Dialog und erreichten, dass die Interamerikanische Menschenrechtskommission der OAS die Todesfälle untersuchte. Doch das schien Ortega nicht zu beeindrucken. Für ihn standen und stehen bis heute allein imperialistische Kräfte hinter den Protesten, finanziert aus dem Ausland. Unregelmäßigkeiten bei früheren Wahlen, die gezielte Unterdrückung der Opposition, Verfassungsbrüche bis hin zur absoluten Kontrolle der Gerichte und die damit verbundene Korruption werden ignoriert.

Kurz vor dem 19. Juli, dem Tag der Revolutionsfeiern (von 1979), verkündete Ortega die »Aktion Säuberung«. Bulldozer räumten im ganzen Land die von Studierenden und Bewohnern gehaltenen Barrikaden, Scharfschützen vertrieben Studierende aus der von ihnen besetzten Universität in Managua. Ein neu geschaffenes Gesetz definiert jeglichen zivilen Widerstand gegen den Staat als terroristische Aktion. In dessen Folge läuft eine landesweite Verhaftungswelle gegen Oppositionelle. Wer kann, flüchtet aus dem Land oder hält sich versteckt.

Zivilgesellschaft unterstützen

Kaum jemand hat eine solche Entwicklung voraussehen können. Sie hinterlässt tiefgreifende Spuren, auch bei den Menschen in unserer Partnerstadt Estelí. Wir stehen fassungslos vor den vielen Toten, Verletzten und Verschwundenen. Schon immer haben wir in Estelí mit Gruppen aus der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet. Diese Arbeit wird jetzt wichtiger denn je, die Menschen brauchen und wünschen unsere Unterstützung. Gemeinsam mit den europäischen Partnerstädten sind wir aktuell dabei, mit den Partnergruppen in Estelí Handlungsfelder auszuloten und zu bewerten. Unter den aktuellen politischen Bedingungen ist dies ein Drahtseilakt. Trotzdem sind wir sicher, dass dieser gelingen wird. Dafür stehen auch die vielen Aktionen und Nicaragua-Veranstaltungen der vergangenen Wochen in Bielefeld. Es ist beeindruckend zu sehen, wie viele Menschen aktiv Anteil nehmen an dem, was in Estelí und in Nicaragua geschieht.

Reinhard Jenke ist Mitglied im Estelí-Komitee des Welthaus Bielefeld.

»Auf Zehenspitzen voran«

Über das Leben in Bielefelds Partnerstadt Estelí in Zeiten der Repression haben Bewohner*innen Stefan Jankowiak berichtet.

Es ist ruhiger geworden um Nicaragua. Dafür zahlen die Menschen einen hohen Preis. Demonstrationen gegen das Regime Ortega/Murillo sind verboten. Alle Staatsbedienstete sind aufgefordert regierungsabweichende Äußerungen der Polizei zu melden. Wer eine kritische Meinung äußert, muss mit Verfolgung und Gefängnis rechnen. Katastrophale Haftbedingungen, Folter und Vergewaltigungen sind keine Ausnahme. Nachzulesen im Oktober-Bericht von Amnesty International und in den Berichten der UN-Menschenrechtskommission.

Wir wollten wissen, wie lebt es sich in diesem Szenarium von Gewalt, Angst und Verfolgung in Bielefelds Partnerstadt Estelí. Welche Perspektiven und Hoffnungen haben die Menschen? Stimmen aus einem zutiefst erschütterten Land.

■ Antonio, 45 Jahre, Tischler: Die überwältigende Beteiligung der estelianischen Bevölkerung zu Beginn der Proteste hat eindrucksvoll gezeigt, wo die Mehrheit der Menschen steht. Dass so viele auf die Straße gegangen sind, war die Reaktion auf das gewalttätige, brutale Vorgehen gegen die Bevölkerung. Das hat die Menschen überrascht und gleichzeitig zutiefst schockiert.

■ Elvira, 42 Jahre, Angestellte: In der Stadt herrscht eine Atmosphäre der Angst. Jetzt sagen wir, hinter vorgehaltener Hand: ›Wir gehen auf Zehenspitzen voran‹. Es besteht nämlich kein Zweifel, wir sind aufgestanden und gehen weiter, es gibt nach so vielen Toten keinen Schritt mehr zurück.

»Willkürlich werden Menschen verhaftet und verschleppt«

■ Gerado, 27 Jahre, Lehrer: Das Leben in Estelí hat sich grundlegend verändert. Viele Unternehmen und Geschäfte haben geschlossen. Ganze Familien sind ausgewandert, sie wurden bedroht und mussten letztlich ins Exil gehen. Tagtäglich begegnen wir der Präsenz von Paramilitärs und Anti-Terror-Einheiten. Es ist so als wären wir im Krieg. Und es kann jeden von uns treffen, willkürlich werden Menschen auf der Straße verhaftet und verschleppt.

■ Oscar, 29 Jahre, Ingenieur: Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, in den privaten Unternehmen fehlt es an Arbeit. Und mit der anhaltenden Säuberungsaktion der Regierung mussten Staatsangestellte gehen, die gegen die Regierung demonstriert haben. Überall, bis in die Familien, sind die Menschen aufgerufen, sogenannte Putschisten oder Terroristen zu identifizieren und denunzieren.

■ Maria, 24 Jahre, Aktivistin: Wenn wir eine Aktion planen, treffen wir uns in sogenannten sicheren Häusern. Jede Aktivität oder einfach nur die Verwendung der blau-weißen Nationalfahne, das Verteilen von blau-weißen Luftballons wird als Putschversuch interpretiert und bestraft. Aber mit dieser Gefahr lernen wir langsam zu leben, wir organisieren uns konspirativ, eine andere Chance haben wir nicht.

■ Alejandro, 27 Jahre, Künstler: Groß ist auch die Enttäuschung über die lokalen Autoritäten. Sie haben die Ideale und Prinzipien der sandinistischen Revolution vollkommen zerstört. Ich habe mit einigen Sandinisten gesprochen, die die Rolle der Stadtverwaltung sehr kritisch sehen. Das bedeutet, dass es auch innerhalb der sandinistischen Partei Konflikte gibt.

»Reden und einen Bürgerkrieg verhindern«

■ Franzisco, 37 Jahre, Händler: Tatsächlich hat die Regierung eine große Kampagne zur Normalität gestartet. Und sie versucht, dies auch international so darzustellen. Damit will sie vor allem die Repressionsmaßnahmen verschleiern, die sie schamlos weiterführt. Diese Normalität ist Ausdruck der ganzen Arroganz und des Zynismus der Regierung.

■ Ernesto, 24 Jahre, Student: Das Ziel wäre, den nationalen Dialog wieder in Gang zu bringen. Wir müssen reden, und die Regierung muss einsehen, dass sie zurücktreten muss. Was wir auf jeden Fall verhindern müssen ist ein Bürgerkrieg. Der würde unser Land auch emotional verwüsten.

Stefan Jankowiak ist Mitglied im Estelí-Komitee des Welthaus Bielefeld.

Das Estelí-Komitee hat sich aufgrund der politischen Ausnahmesituation mit anderen Nica-Gruppen europaweit vernetzt. Gefordert wird: ■ sofortiges Ende staatlicher Repression, ■ Freilassung aller politischer Gefangener und ■ die Wiederaufnahme des politischen Dialogs.